

## Rede zu TOP 4 – Haushalt für das Haushaltsjahr 2023

Redner: Thomas Völker, DIE LINKE

[Begrüßung]

Ich möchte meine Haushaltsrede mit etwas Positivem beginnen. DIE LINKE begrüßt ausdrücklich, dass Sie mit dem vorliegenden Haushalt unbeirrt am **Schulbauprogramm** trotz aller Kostensteigerungen festhalten. Das ist richtig und wichtig, die Sanierung und der Ausbau unserer Schulen sind unvermeidlich und glücklicherweise von einer sehr breiten Mehrheit im Haus auch stets mitgetragen worden. Das ist gut so, dafür zolle ich Ihnen meinen ausdrücklichen Respekt, Herr Cyriax.

Vor diesem Hintergrund ist es bezeichnend, dass der einzige inhaltliche Änderungsantrag der AfD darauf abzielt das Schulbauprogramm zu verlangsamen. Offensichtlich sind Ihnen gute Lernbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler nicht so wichtig, denn wer gut lernt, fällt auf inhaltslose Hassparolen vermutlich nicht mehr so einfach herein.

Doch zurück zu den wichtigen Dingen. Denn leider muss ich feststellen, dass neben dem Schulbauprogramm ausgesprochen **wenig Zukunftsweisendes** in Ihrem Haushaltsentwurf zu finden ist, Herr Cyriax. Im Prinzip hat sich im Vergleich zum Vorjahr inhaltlich kaum etwas verändert. Man könnte das Gefühl haben, alles sei so wie immer, der Main-Taunus-Kreis sei auf einer entspannten Kreuzfahrt in ruhiger See und kein Wölkchen am blauen Himmel. Eine Reaktion auf die vielfältigen Krisen unserer Zeit kann ich nirgendwo in diesem Haushalt erkennen.

Vielleicht haben Sie den Dritten Landessozialbericht verpasst, den die hessische Landesregierung im Dezember vorgestellt hat. Dieser weist erschreckende Zahlen auf. Hessen ist in den vergangenen zehn Jahren im Bundesländervergleich massiv abgestürzt. Hessen lag einmal auf Platz 3 der Länder mit der geringsten Armutsquote. Inzwischen ist Hessen auf dem viertletzten Platz. Die allgemeine Armutsquote liegt bei rund 18 Prozent, jedes vierte Kind, jede dritte junge Frau und jede zweite Alleinerziehende ist in Hessen armutsbetroffen. Spannend für unsere Arbeit ist, dass der Landessozialbericht auch erstmalig Zahlen nach Kreisen aufbereitet. So können wir beispielsweise erfahren, dass der Main-Taunus-Kreis den dritthöchsten Anteil bei Einkommensmillionär:innen aufweist und zugleich auch eine der höchsten Ungleichheits-Spannen in der Bevölkerung in Hessen. Das heißt, einigen wenigen Menschen bei uns geht es finanziell ganz ausgezeichnet, vielen anderen hingegen tatsächlich eben nicht. Und da wir eine der geringsten Erwerbslosenquoten in Hessen und der Bundesrepublik haben, können wir festhalten, dass in unserem Kreis viele Menschen arm sind, selbst wenn sie eine Erwerbsarbeit haben. Dazu trägt ohne Frage das Mietniveau in unserem Kreis bei: Der Durchschnitts-Neuvermietungspreis pro Quadratmeter lag schon Ende 2021 bei 10,66 Euro im MTK, lässt uns der Landessozialbericht wissen.

Alle Zahlen aus dem Landessozialbericht haben das Problem, maximal bis 2021 zu gehen, oft sogar nur bis 2020 oder sogar noch älter zu sein. Das heißt, dass sie teils nicht mal die Folgen der Corona-Pandemie abbilden, erst recht nicht die massive Inflation 2022, die sich ja auch dieses Jahr weiter fortsetzt. Und – so viel sollte selbst bei FDP und CDU angekommen sein – eine so rapide Inflation trifft Menschen am oder unter dem Existenzminimum deutlich härter als unsere Einkommensmillionär:innen.

Jetzt frage ich Sie: Wo finden wir diese Entwicklung im vorliegenden Haushaltsentwurf berücksichtigt? Die Antwort ist leider recht einfach: Nirgendwo. Sie drehen nicht eine einzige Stellschraube, um etwas gegen die **zunehmende Armut** zu unternehmen. Man könnte auch sagen: Der Kreiskoalition ist die zunehmend prekäre Situation von Tausenden Menschen schlicht vollkommen egal.

Dabei mangelt es nun wirklich nicht an Vorschlägen und Verbesserungsmöglichkeiten. Wir

diskutieren hier seit vielen Jahren die völlig unzureichenden Kosten der Unterkunft und Heizung, die der Kreis gewährt. Ich brauchte nicht erst den Landessozialbericht, um zu wissen, dass auch nach der Mini-Erhöhung auf 8 Euro bzw. 8,50 Euro kaum ein Mensch hier eine Wohnung finden kann. Herr Barons Gutschein-Modell zur Wohnraumvermittlung scheitert nicht an der Unfähigkeit der Beratenden, sondern schlicht an den finanziellen Rahmenbedingungen. Es ist deshalb völlig absurd, dass in einer Zeit, wo bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist, ausgerechnet bei der sozialen Wohnraumvermittlung 28.000 Euro eingespart werden sollen. Es ist mit Verlaub völlig paradox, wenn sich angesichts Ihres Haushaltsentwurfes Frau Mohr im Sozialausschuss zu Wort meldet, die KdU seien ja viel zu niedrig. Frau Mohr, herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis. Das hätten Sie aber vielleicht mal intern weitergeben sollen. Wir LINKEN haben vorgeschlagen 400.000 Euro mehr im Haushalt zu verankern, um die KdU auf 10 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen. Wir haben vorgeschlagen die Kürzungen bei der Wohnraumvermittlung rückgängig zu machen. Die Kreiskoalition einschließlich ihrer grünen Kolleginnen und Kollegen hat das abgelehnt. Nehmen wir ein zweites Beispiel. Ein relativ einfaches Instrument, um die Folgen von Armut zu begrenzen ist der niederschwellige und möglichst kostenfreie Zugang zu öffentlichen Angeboten. Gesellschaftliche Teilhabe ist der entscheidende Schlüssel, um die Vererbung von Armut zu verhindern. Nun hat ein Teil der Gemeinden in unserem Kreis einen Sozialpass geschaffen, damit insbesondere auch junge Menschen teilhaben können. Sehr gut. Aber das Leben von armen Menschen spielt sich nicht nur in einer Gemeinde ab. Hier in Hofheim gibt es beispielsweise den Hofheim-Pass. Das nächstgelegene Freibad ist aber das Parkbad in Kriftel. Da nützt im Sommer zum Baden ein Hofheim-Pass naturgemäß sehr wenig. Jetzt sagen vermutlich einige hier im Raum: 2,30 Euro für eine Tageskarte für einen Zwölfjährigen im Freibad, das ist doch nix. Tatsächlich liegt der Tagessatz für ein Kind in diesem Alter für Freizeit und Kultur auch im Bürgergeld getauften Hartz IV aber bei 1,13 Euro. Dabei ist noch nicht berechnet, dass das Kind vielleicht mal was Süßes oder eine Portion Pommes am Kiosk holen will, für die Badesaison eine neue Badehose braucht, Sonnencreme, ein Fahrrad, um mit seinen Freundinnen und Freunden hinzuradeln und vieles mehr. Ja, dafür gibt es andere Töpfe im Regelsatz, aber die sind bekanntlich ebenso viel zu knapp bemessen. Im Ergebnis ist für viele Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein Freibadbesuch ein besonderes Ereignis für das teils über Monate gespart werden muss. Ich halte das in unserem reichen Land schlicht für beschämend. Und auch hier haben wir Ihnen einen Vorschlag gemacht: Lassen Sie uns doch das Angebot der gemeindlichen Sozialpässe in einem kreisweiten Teilhabepass bündeln. Wir könnten so neue Angebote erschließen, die es noch gar nicht gibt und bestehende Angebote deutlich attraktiver machen. Vor allem könnten wir so soziale Teilhabe von Menschen in Armut stärken, weil wir die Beantragung viel niedrigschwelliger gestalten könnten: Das kommunale Jobcenter, das Jugendamt, die Ausländerbehörde, das Sozialamt: alles Kreisbehörden. Wie schön wäre es, wenn automatisch mit Bescheiden von Sozialleistungen die Anspruchsberechtigung für einen Teilhabepass mit ausgestellt werden würde. Keine zusätzliche Bürokratie, einfach Mitversenden, einfach Teilhabe für alle ermöglichen. Nein, natürlich haben Sie auch diesen Vorschlag abgelehnt.

Sie verstecken sich gern hinter einer angeblichen formalen Nicht-Zuständigkeit. Sozialer Wohnungsbau? Nein, das müssen doch die Gemeinden machen. Armut bei Kindern und Jugendlichen bekämpfen? Da wird schon irgendwann mal der Bund mit der Kindergrundsicherung kommen. Geflüchtete angemessen unterbringen? Da soll doch das Land mal was anbieten. Sie machen es sich einfach, aber die Lebenssituation der Menschen hier vor Ort, die verbessern Sie so nicht, obwohl andere Kreise mit anderen Mehrheiten Ihnen Tag für Tag das Gegenteil als möglich beweisen. In Groß-Gerau gibt es selbstverständlich einen kreisweiten Teilhabepass. In Wiesbaden wird das Deutschlandticket für Menschen im Sozialleistungsbezug auf 29 Euro abgesenkt, für alle Kinder und Jugendlichen auf 15 Euro und für Kinder und Jugendliche, deren Eltern Transferleistungen beziehen sogar auf 9 Euro. Wahnsinn, was alles geht, wenn man politisch will. Und das zeigt uns klar: Die schwarz-grün-gelbe Koalition will einfach nicht die Lebenssituation von armen Menschen nachhaltig verbessern.

Jetzt könnte man ja denken, soziale Fragen spielen bei CDU und FDP bekanntlich sowieso keine wirkliche Rolle. Und da die Grünen in Hessen mit Mister Doppelhaushälfte in den Wahlkampf gehen, mag uns das bei den hessischen Grünen jetzt auch nicht in jeder Hinsicht überraschen.

Aber liebe Grüne, wo ist denn dann wenigstens der große Wurf für den **Umwelt- und Klimaschutz**? Auch da sind die Fortschritte im Haushalt so bezeichnend wie beim Klimaschutzkonzept. Beides ist schlicht nicht-existent. Ein Projekt für Mehrwegbecher steht zwar im Haushalt drin, ist aber nach den Aussagen in den Ausschüssen schon wieder beerdigt. Das Programm für Balkon-Solarmodule soll fortgesetzt werden. Das ist hübsch, bedeutet aber in erster Linie einen Finanzausschuss für Menschen, die sich das auch ohne die 100 Euro leisten könnten. Nun soll es mit einem Änderungsantrag der Kreiskoalition wenigstens noch 150.000 Euro für die „eventuelle (!) Errichtung von E-Ladesäulen an Schulen und Sportstätten“ geben. Das ist nett, nützt aber für eine wirkliche Verkehrswende kaum etwas, weil wir eben nicht die Autos austauschen, sondern den Individualverkehr reduzieren müssen. Und alles, was in diese Richtung geht haben Sie natürlich weggestimmt. Die Kolleg:innen von der SPD und auch wir haben beantragt, dass das Jobticket für die Kreisbeschäftigten durch ein Deutschlandticket ersetzt wird, damit der Anreiz steigt, das Auto insgesamt öfter stehen zu lassen. Wir sind mit unserem Antrag noch einen Schritt weitergegangen und wollten auch die Beschäftigten der kommunalen Gesellschaften einbeziehen, die DGT, die Kliniken und weitere. Zudem haben wir eine deutliche Ausweitung des Busverkehrs an Wochenenden und nachts gefordert, wofür die MTV mehr Geld benötigen würde. Das haben Sie natürlich alles abgelehnt. Mir blutet das Herz, was mit den Grünen hier im Kreis eigentlich los ist.

Und selbst wenn Sie das Argument Klimaschutz nicht überzeugt, dann könnte man das zur **Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes** nutzen. Ich frage mich manchmal wirklich, ob die Opposition als einzige hier die Stellenpläne zum Haushalt liest. Wir haben seit vielen Jahren riesige Lücken im ganzen Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste, des Gesundheitsamtes, der Ausländerbehörde und vieler weiterer Ämter. Das scheint die Koalition nicht wirklich zu beunruhigen. Auch nicht, dass in sehr vielen Bereichen des Haushalts die Ziele krachend verfehlt werden. Frau Overdick sagt schon jetzt, dass auch im kommenden Schuljahr nicht alle Kinder zur Schuleingangsuntersuchung gehen. Bei der Erziehungsberatungsstelle, wo es um ganz schnelle Hilfe geht, gibt es Wartezeiten von über 70 Tagen auf eine Erstberatung. Waffenkontrollen sind seit Jahren nicht existent. Der Rettungsdienst ist massiv personell unterbesetzt und am Rande der Unterversorgung. Im Jugendamt fehlen 25 Vollzeitstellen hört man aus dem Jugendhilfeausschuss, das ist ein klarer Fall von Kindeswohlgefährdung. Von unseren Kliniken, die kaum noch Notfälle aufnehmen können, will ich gar nicht erst sprechen.

Eine Reaktion darauf gibt es von Ihrer Seite nicht. Wir haben Ihnen schon letztes Jahr vorgeschlagen zusammen mit dem Personalrat und einer externen Beratung nach Verbesserungspotenzialen im Öffentlichen Dienst zu suchen. Die SPD hat diesen Antrag dieses Jahr auch gestellt. Wir haben Ihnen vorgeschlagen die Rettungsdienste bei Ausbildung und Qualifikation zu unterstützen. Wir wollen eine dritte Erziehungsberatungsstelle, um endlich den Zugang zu verbessern. Alles abgelehnt, alles offenbar ohne Priorität für die Kreiskoalition.

Was ich aber in diesem Kontext wirklich beschämend finde, ist Ihr Umgang mit dem Antrag des Jugendhilfeausschusses. Der Jugendhilfeausschuss hat als Fachgremium darum gebeten, dass es eine weitere Stelle für die Jugendhilfeplanung gibt. Eine Stelle. Bis der JHA sich zu Wort meldet, muss viel passieren. Sie haben es nicht mal für nötig befunden über diese Stelle auch nur zu diskutieren. Sie ignorieren das Fachvotum – das ist einfach nur schändlich.

An anderer Stelle sind Sie mit Stellen nicht so knauserig. Herr Cyriax möchte in seinem Stab eine weitere Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit. Begründung: Nächstes Jahr im Sommer wird der Kreistagsneubau eingeweiht. Das ist schon spannend. Eine Stelle, die nächstes Jahr Arbeit hat, soll dieses Jahr besetzt werden. Herr Cyriax, was macht denn die Person bis nächstes Jahr? Ich habe da

so eine Vermutung. Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch schon aufgefallen ist: Aktuell sehe ich fast täglich einen lächelnden Landrat auf Instagram, Facebook oder auch in der Zeitung. Man könnte fast das Gefühl haben, es sei Wahlkampfzeit. Kann es vielleicht sein, dass die Öffentlichkeitsarbeit ausgerechnet deswegen schon im Jahr 2023 eine Verstärkung benötigte? Herr Landrat, machen Sie Ihre Social Media-Arbeit doch bitte alleine und nutzen Sie die freien Mittel lieber für die dringend erforderliche Jugendhilfeplanung, damit hätten Sie dem Kreis tatsächlich einen Gefallen getan.

Ich möchte zum Abschluss noch auf drei Anträge hinweisen, wo **Druck von links** offensichtlich Wirkung gezeigt hat. Dank der Anträge der FWG und von uns sind Mittel für die Klageverfahren im Kontext Ultranet und L3011-Vollsperrung im Haushalt vorgesehen. Und Frauen helfen Frauen Main-Taunus erhält einen weiteren Zuschuss von 50.000 Euro für die Verwaltungsarbeit. Zum letzten Punkt möchte ich noch zwei Dinge sagen: Herr Cyriax, Sie sind ja nicht nur der Kämmerer, sie sind auch für das Thema Gleichberechtigung und Frauen zuständig. Ich finde es deshalb schon sehr fragwürdig, dass die Umsetzung eines Kreistagsbeschlusses zur Istanbul-Konvention vom November durch einen Änderungsantrag erfolgen muss, weil Sie es offensichtlich nicht für nötig befanden hier vorab für eine Klärung zu sorgen. Frauen helfen Frauen wartet übrigens immer noch auf eine Rückmeldung zu ihrem Konzept für mehr Frauenhausplätze. Vielleicht sollten Sie den Ressortzuschnitt ändern, wenn das Thema Gewaltschutz bei Ihnen nicht die notwendige Priorität hat.

Zum Zweiten finde ich es sehr bedauerlich, dass Frau Zimmermanns Versprechen, dass alle demokratischen Fraktionen gemeinsam am Thema Istanbul-Konvention arbeiten wollen, sich ein weiteres Mal als Falschaussage entpuppt hat. Selbstverständlich hätte DIE LINKE den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP, SPD und FWG mitgezeichnet, um Frauen helfen Frauen zu unterstützen. Nur, anders als von Frau Zimmermann hier im November angekündigt, hat uns schlicht niemand gefragt. Frau Zimmermann, wer sich für höhere Meriten empfehlen will, sollte an der Basis zum eigenen Wort stehen.

Ich möchte zusammenfassen: Auf die großen Herausforderungen unserer Zeit - Klimawandel, Energiekrise, Inflation und soziale Ausgrenzung – stellt dieser Kreishaushalt leider keine Antwort dar. Es bleibt uns als LINKEN deshalb nichts anderes übrig als den vorliegenden Entwurf trotz der marginalen Änderungen und Verbesserungen abzulehnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Es gilt das gesprochene Wort.*